

Name und Außendarstellung

Örtliche Gruppen können den Namen „Bildung statt Abschiebung“ mit einem regionalen Zusatz verwenden, beispielsweise:

- Bildung statt Abschiebung, Ort

Dabei soll deutlich erkennbar sein, dass es sich um eine örtliche Gruppe des landesweiten Bündnisses handelt.

Nutzung des Logos

Das Logo ist Bestandteil der gemeinsamen Außendarstellung des Bündnisses. Die Nutzung des Logos auf Flyern, Plakaten, Webseiten, Social-Media-Kanälen, Pressemitteilungen oder sonstigen Veröffentlichungen erfolgt grundsätzlich nach vorheriger Abstimmung mit der Kerngruppe.

Bildung statt Abschiebung: Unsere Forderungen

Wir stehen für eine humane und bildungsorientierte Migrations- und Flüchtlingspolitik und fordern:

1. die uneingeschränkte Umsetzung bestehender Bleiberechtsregelungen zugunsten der Betroffenen,
2. die sofortige Umsetzung der im Koalitionsvertrag angekündigten professionellen Struktur für Einzelfallberatungen für Migrant*innen in Hessen,
3. keine Abschiebung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Kita, Schule oder Ausbildung. Das Menschenrecht auf Bildung von Kindern und Jugendlichen ist unteilbar – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Recht in Hessen uneingeschränkt gewahrt bleibt.

Mitmachen!

Sie möchten eine örtliche Gruppe gründen oder sich beteiligen?

Kontakt zum Landesbündnis
Dr. Isabel Carqueville
icarqueville@gew-hessen.de

QR-Code zur Bündnisseite



www.gew-hessen.de/bildung-statt-abschiebung



GEW Hessen | Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt
www.gew-hessen.de/bildung-statt-abschiebung
icarqueville@gew-hessen.de | Titelbild: www.magnific.com



FÜR EINE HUMANE UND BILDUNGSORIENTIERTE MIGRATIONS- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK!

Das Bündnis „Bildung statt Abschiebung“

Die aktuelle Migrationsdebatte in Hessen nimmt besorgniserregende Züge an. Sprachliche Verrohung findet immer häufiger ihren Ausdruck in politischen Entscheidungen: Gut integrierte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene werden abgeschoben – obwohl sie zur Schule gehen, eine Ausbildung begonnen haben oder diese in Aussicht steht. Viele der Betroffenen kennen das Herkunftsland ihrer Eltern kaum. Gleichzeitig mehren sich Fälle, in denen geltende Bleiberechtsregelungen ignoriert oder unterlaufen werden. Es werden kaum noch Duldungen erteilt – und ohne Duldung keine Arbeits- oder Ausbildungserlaubnis, und ohne Arbeit keine Bleiberecht.

Vor diesem Hintergrund hat sich das landesweite zivilgesellschaftliche Bündnis „Bildung statt Abschiebung“, getragen vom Hessischen Flüchtlingsrat, der Diakonie Hessen, dem Landesausländerbeirat (agah), dem Paritätischen Hessen, der Landesschüler*innenvertretung Hessen (LSV), der GEW Hessen und über 1.000 weiteren Organisationen, Landkreisen und Einzelpersonen in und aus Hessen gebildet.



Warum mitmachen

Menschen, die von Abschiebungen bedroht sind oder ausgewiesen werden, sind keine Zahlen in einer Statistik. Es sind Nachbar*innen, Freund*innen, Klassenkamerad*innen oder Kolleg*innen. Wenn Kinder oder Auszubildende aus ihrem Bildungskontext herausgerissen werden, ist das ein Angriff auf das Recht auf Bildung – und schadet unserer Gesellschaft. Die Anstrengungen aller, die sich tagtäglich für gelingende Integration einsetzen, werden zunichte gemacht. Der Druck auf jene jungen Menschen, die Abschiebung befürchten müssen, wächst: Viele Schüler*innen und Auszubildende leben über Monate oder Jahre in permanenter Unsicherheit. Diese Angst belastet sie massiv, beeinträchtigt Lern- und Konzentrationsfähigkeit und führt zu erheblichem psychischem Stress – oft mitten im Schul- oder Ausbildungsalltag. Dieser Stress wirkt sich nicht nur auf direkt Betroffene aus, sondern auch auf ihr gesamtes Umfeld – auf die Schule, auf Mitschüler*innen, auf die Sportvereine und vieles mehr.

Wir wollen nicht tatenlos zusehen, wir können handeln!

Vor Ort aktiv werden

Abschiebungen passieren nicht abstrakt, sie geschehen ganz konkret in der Nachbarschaft. Deshalb braucht es Menschen, die vor Ort hinschauen, unterstützen und aktiv werden. Je früher ein Fall bekannt wird, desto besser können Unterstützungs- und Beratungsangebote vermittelt werden. „Bildung statt Abschiebung“ stellt Materialien für eine Erstanalyse unter www.gew-hessen.de/bildung-statt-abschiebung bereit.

Was kann getan werden?

- Betroffenen Unterstützung anbieten und Solidarität organisieren,
- lokale Fälle und Entwicklungen öffentlich machen, z.B. durch Pressemeldungen, Resolutionen, Kundgebungen usw.,
- Lehrkräfte, Kolleg*innen, Nachbar*innen, Mitschüler*innen ansprechen,
- den Austausch zwischen Bildungsinstitutionen, Beratungsstellen, Initiativen und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteur*innen vor Ort fördern,
- Veranstaltungen, Diskussionen und Aktionen organisieren,
- politische Verantwortungsträger*innen vor Ort ansprechen.
- über die Ziele des Bündnisses informieren
- lokale Gruppen des Bündnisses Bildung statt Abschiebung gründen

Örtliche Gruppen gründen

Örtliche Gruppen sind Teil des landesweiten Bündnisses „Bildung statt Abschiebung“. Sie arbeiten eigenständig und orientieren sich an den gemeinsamen Zielen und Grundsätzen des Bündnisses. Die Gründung der örtlichen Gruppe soll der Landesebene gemeldet werden (Kontakt siehe hinten auf diesem Flyer).

Örtliche Gruppen benennen mindestens eine Ansprechperson und informieren die Kerngruppe des Landesbündnisses über ihre Gründung.